

„an die besten Traditionen der Ersten und Zweiten Republik anknüpfend“¹: Polnische Erinnerungskultur im öffentlichen Raum nach 1989

von

Heidi Hein-Kircher

Die Geschichts- und Erinnerungspolitik in der ersten halben Dekade des politischen Transformationsprozesses spiegelte die Suche der polnischen Gesellschaft nach einem postsozialistischen Selbstbild wider, wodurch dasjenige Volkspolens überwunden werden sollte. Daher war für die Frühphase der sogenannten Dritten Republik das Anknüpfen an historische Traditionen der Zweiten Republik ebenso charakteristisch wie die Bestrebungen, die in der Erinnerungskultur der Volksrepublik vorhandenen Paradigmen abzulösen. Hierfür wurde insbesondere an die Verbrechen unter sowjetischer Hegemonie erinnert, die auf diese Weise mit den nationalsozialistischen parallelisiert wurden. Das kollektive Gedächtnis erhielt so neue, andere Akzente; eigene erinnerungskulturelle Markierungen sollten den öffentlichen Raum kennzeichnen und den politischen Wandel verdeutlichen. Dass die volkspolnischen Narrative nicht vollkommen beseitigt, sondern – gerade in Bezug auf die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte – nur übertüncht wurden, zeigte sich in den geschichtspolitischen Debatten seit Ende der 1990er Jahre immer wieder.

Charakteristisch für die Frühphase der Dritten Republik war somit eine spezifische Form des Schaffens und Findens von historischen Kontinuitäten: Neue und erneuerte Motive in der Erinnerungspolitik, neue und erneuerte politische Rituale und Symbole sowie politische Mythen waren wichtige Elemente von politischer Psychologie und politischer Kultur, weil sie halfen, das neue Selbstbild des Staates zu finden und die kommunistische Zeit zu vergessen bzw. zu überblenden. Sie wurden nicht nur genutzt, um eine entsprechende Identität zu schaffen, sondern auch, um die Revolution und das neue politische System zu legitimieren. Wie im Folgenden gezeigt wird, rückten das Gedächtnis an die sogenannte Zweite Republik (1918-1939) und insbesondere an deren Staatsgründer Józef Piłsudski wie auch an die (negativ empfundene) sowjetische Besatzung bzw. Hegemonie über Polen ins Zentrum der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Aus dieser wurde die problematische deutsch-polnische Beziehungsgeschichte ausgeblendet, um ein neues, positiv besetztes Selbstbild aufzubauen. Ein weiterer Beweggrund waren die politischen Notwendigkeiten, die sich aus den Bestrebungen ergaben, der

¹ Verfassung vom 2. April 1997: <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm> (deutsche Fassung, eingesehen am 1.08.2010).

NATO und Europäischen Union (EU) beizutreten. Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs war nun – im Gegensatz zu volksrepublikanischen Zeiten – nur noch ein Aspekt im historischen Bewusstsein und kollektiven Gedächtnis. Dies geschah vor dem Hintergrund eines grundsätzlich gut ausgeprägten historischen Bewusstseins der Bevölkerung. Dieses war deswegen so gut ausgebildet, weil während der Volksrepublik der Bezug auf die (verklärte) nichtkommunistische Vergangenheit und auf die Geschichte als souveräner Staat in gewisser Weise politisches Engagement und Souveränität ersetzt hatte, was letztlich eine indirekte Form von Opposition und Widerstand war.²

Obwohl zahlreiche, vor allem kleinere Studien zu verschiedenen Aspekten des Transformationsprozesses und zur Erinnerungskultur seit 1989 vorliegen, die meist als Überblick bis in die Gegenwart hinein angelegt sind³, ist die Frage von Erinnerungspolitik, von Erinnerungskultur im öffentlichen Raum und, im Zusammenhang damit, eines deutsch-polnischen Nachgedächtnisses noch nicht in allen Aspekten beleuchtet worden. So soll es im Folgenden darum gehen, die offizielle Erinnerungskultur in den ersten Jahren nach 1989 und damit die Schaffung eines neuen Selbstbildes aufzuzeigen. Die Überlegungen basieren auf den Ansätzen der *invention of tradition* (Eric Hobsbawm), der *imagined communities* (Benedict Anderson) und nicht zuletzt der *lieux de mémoire* (Pierre Nora), die als zueinander komplementär angesehen werden, sowie auf den eigenen theoretischen Überlegungen zu politischen Mythen und Kulte sowie zur Rezeption des Piłsudski-Kultes.⁴ Die Effekti-

² Zusammenfassend zur Erinnerungspolitik in der Dritten Republik vgl. LILIANA SONIK: *Wojna o historię* [Krieg um die Geschichte], in: *Rzeczpospolita* vom 12.03.2006, S. 7 f.; vgl. auch ELŻBIETA TARKOWSKA: Gesellschaftliche Zeit (Social time) im „real existierenden Sozialismus“ und in der Zeit der Transformation. Der Fall Polen, in: *Kulturelle Identität und sozialer Wandel in Osteuropa. Das Beispiel Polen*, hrsg. von ZDZISŁAW KRASNOŃBSKI u.a., Hamburg 1999, S. 207-224, hier S. 219. Vgl. auch mit leicht veränderten Akzentsetzungen HEIDI HEIN-KIRCHER: *Eclipsing the Polish-German Past to Construct a Post-Socialist Polish Memory-Culture*, in: *German-Polish Post/Memory: The Presence of the Past in Contemporary German and Polish Culture*, hrsg. von KRISTIN KOPP und JOANNA NIŻYŃSKA, Basingstoke 2011 (im Erscheinen).

³ Zu diesen Studien gehört CLAUDIA KRAFT: *Geschichte im langen Transformationsprozess in Polen*, in: *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozess Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas*, hrsg. von HELMUT ALTRICHTER, München 2006, S. 129-150.

⁴ Vgl. beispielsweise zum Mythos-Begriff HEIDI HEIN-KIRCHER: *Historische Mythos- und Kultforschung. Thesen zur Definition, Vermittlung, zu den Inhalten und Funktionen von historischen Mythen und Kulte*, in: *Mythos 2* (2006), S. 30-45; DIES.: *Überlegungen zu einer Typologisierung von politischen Mythen aus historiographischer Sicht – ein Versuch*, in: *Politische Mythen im 19. und 20. Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa*, hrsg. von DERS. und HANS HENNING HAHN, Marburg 2006 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 24), S. 407-424; zum Piłsudski-Mythos: HEIDI HEIN: *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926-1939*, Marburg 2002 (Studien und Materialien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 9), S. 270-299, 316-347, 361-368.

vität von politischen Ritualen und Symbolen wird dabei als Grundvoraussetzung für die „Erfindung“ der Dritten Republik gesehen, also für die Produktion und Konstruktion von historischen Traditionen. Daher konzentriert sich der Beitrag auf die gesetzlichen Feier- und Gedenktage als wichtigste politische Rituale, durch die die geschichtspolitische Orientierung unterstrichen wird, sowie auf symbolische Markierungen im öffentlichen Raum wie Denkmäler und Straßennamen. Als wichtigste Quellen wurden die bedeutendsten landesweit erscheinenden Zeitungen, vor allem *Gazeta Wyborcza* und *Rzeczpospolita* sowie die Zeitschrift *Polityka* zwischen 1989 und 1995, außerdem die Presseauschnittsammlung des Herder-Instituts (Marburg) und entsprechende Gesetze herangezogen. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, auf alle Erscheinungen der Erinnerungskultur oder -diskurse einzugehen, beispielsweise auf den Vertreibungsdiskurs oder das Nachgedächtnis in der Literatur.⁵

Transformationen politischer Symbole

Der Wandel der Erinnerungspolitik korrespondiert mit dem politischen Wandel, d.h. mit dem Systemwechsel, denn politische Macht innezuhaben bedeutet auch, die Deutungsmacht über die Vergangenheit zu besitzen⁶: Nur wer Symbole setzen kann, hat die Macht inne, und wer an der Macht ist, benötigt Symbole, um sie zu festigen. Dies bedeutet grundsätzlich, dass neue Machthaber ihre eigene Deutung der nationalen Geschichte durchsetzen müssen – und diese Interpretation sollte mit den Symbolen des abgelösten Systems brechen und in Kontinuität zu den früheren und ihrer Ansicht nach besseren Zeiten stehen. Geht man davon aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihr historisches Wissen letztlich nur aus wenigen Symbolen und Narrativen bezieht, durch die eine Identifikation mit dem Staat erreicht werden kann, so benötigt jeder Staat Symbole wie auch Rituale, durch die er für seine Angehörigen sichtbar und (emotional) erfahrbar wird und durch die seine weltanschaulichen Grundlagen verständlich kommuniziert werden. Aus diesem Grund war in Polen die Schaffung neuer öffentlicher Traditionen und die Imagination der Nation durch neue respektive wiederaufgegriffene politische Symbole ein wichtiger Aspekt der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in den ersten Jahren nach dem Systemwechsel.⁷ Dieser sollte mit eigenen Markierungen versehen werden. So war es den durchweg aus Oppositionskreisen

⁵ Vgl. zu diesem Aspekt die einschlägigen Artikel in: Europa in den Literaturen der Gegenwart, hrsg. von WULF SEGEBRECHT u.a., Frankfurt a.M. u.a. 2003.

⁶ Vgl. dazu JAN KUBIK: The Power of Symbols Against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland, University Park/PA 1994.

⁷ ELŻBIETA HAŁAS: Symbole polityczne a polska tożsamość. Zmiana i niejednoznaczność w kalendarzu świąt państwowych III Rzeczypospolitej [Politische Symbole und das polnische Bewusstsein. Veränderung und Uneindeutigkeit im Kalender der staatlichen Festtage der Dritten Republik], in: Kultura i społeczeństwo 45 (2001), 3-4, S. 49-67, insb. S. 55-58; KUBIK (wie Anm. 6), S. 250.

stammenden Regierenden auf allen Ebenen der staatlichen Hierarchie ein Anliegen, dieser Notwendigkeit gerecht zu werden, indem angestrebt wurde, Nationalbewusstsein, Traditionen und Identität der Bevölkerung neu zu prägen.

Vergleichsweise kurzfristig verabschiedete der Sejm in den letzten Dezembertagen des Jahres 1989 eine Änderung wesentlicher Verfassungsartikel, die schon im Januar 1990 in Kraft traten. Durch diese wurde der Sozialismus als politisches System abgeschafft und die führende Rolle der *Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, PZPR] aufgegeben. Ein bedeutender Schritt in Bezug auf die – so verstandene – wiedergewonnene Unabhängigkeit und das veränderte nationale Selbstbild nach 1989 war die Diskussion über den Staatsnamen und das Staatswappen. Daher wurde – was nicht nur als politischer, sondern auch als höchst symbolischer Akt zu verstehen ist – die Bezeichnung *Rzeczpospolita Ludowa* [Volksrepublik] aufgegeben und als neuer Staatsname *Rzeczpospolita Polska* [Polnische Republik] eingeführt. Auch erhielt der Weiße Adler, das Wappentier Polens, seine Krone zurück. Beides bedeutete einen klaren Bezug zur Zweiten Republik und einen symbolischen, unwiederbringlichen Bruch mit Volkspolen.⁸ Auch wurde 1990 die traditionelle viereckige Militärmütze (*Rogatywka*) wieder eingeführt, während die Nationalhymne (der sogenannte *Mazurek Dąbrowskiego*) und die weiß-rote Flagge beibehalten wurden, weil sie traditionelle Symbole waren, die schon vor der Errichtung der Volksrepublik sowie von der politischen Opposition zu Zeiten der Volksrepublik genutzt worden waren, beispielsweise im Logo der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność*.

Nach diesen grundlegenden symbolischen und nomenklatorischen Weichenstellungen heben neue bzw. wiedereingeführte politische Symbole und Symbolträger die neuen erinnerungskulturellen Schwerpunktsetzungen im öffentlichen Raum hervor. So vermitteln beispielsweise staatliche Zahlungsmittel und Briefmarken auf eine scheinbar apolitische Weise symbolhaft komprimierte Botschaften der Geschichtspolitik und erinnerungspolitische Schwerpunktsetzungen. Während die neuen Banknoten einen Bezug zu den bedeutendsten Königen herstellten und somit eine Kontinuität der Staatlichkeit seit dem Mittelalter andeuteten, war auf den Briefmarken der polnische Papst Johannes Paul II. die am meisten porträtierte Persönlichkeit. Diese Darstellungen erinnerten einerseits an die christlichen Fundamente des Staates und die besonderen Beziehungen zur katholischen Kirche, andererseits aber auch an die Rolle, die man dem Papst in der Wendegeschichte zuschrieb. Neu herausgebrachte Erinnerungsmünzen thematisierten die siegreiche Schlacht gegen die Rote Armee 1920 (das sogenannte „Wunder an der Weichsel“), aber

⁸ Seit der 1927 überarbeiteten Version des Staatswappens trug der Weiße Adler eine Krone ohne Kreuz, die sozialistische Variante bildete den Adler ohne Krone ab. Vgl. ARNOLD BARTETZKY: Der wiedergekrönte Adler. Polens visuelle Selbstdarstellung, in: Osteuropa 53 (2003), S. 910-920. Vgl. die Verfassungsänderung in: Dziennik Ustaw 1989, nr 75, poz. 444: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19890750444> (eingesehen am 1.10.2010); vgl. zur Sejmdebatte: Trybuna kongresowa vom 10./11.02.1990.

auch Katyń und andere Orte, wo Polen von Angehörigen der sowjetischen Sicherheitskräfte umgebracht worden waren, sowie die Ereignisse in Posen (Poznań) 1956 und 1970⁹. Sie visualisierten also die Erinnerung einerseits an die Zweite Republik und andererseits an die sowjetische Hegemonie über Polen und deren Folgen.

Straßennamen als symbolhafte Verbalisierung von historischen Ideen zeigen ebenfalls deutlich, was die Regierenden für bedeutsam für das historische Bewusstsein halten. So wurden in der Wendezeit 1989/90 zahlreiche Straßennamen geändert.¹⁰ Hierbei fiel auf, dass die Namen, die sich auf sogenannte „sozialistische Helden“ bezogen, vor allem zugunsten der Bezeichnungen aus der Vorkriegszeit abgeschafft wurden; letztlich handelte es sich hier um eine symbolische Abschaffung der Volksrepublik und einen Bezug auf die „besten Traditionen“. Auf den als Staatsgründer mythisch verklärten Diktator der Zwischenkriegszeit, Józef Piłsudski, wurde im Rahmen der Umbenennungswelle von Straßen am häufigsten Bezug genommen: Fast jede größere Stadt erhielt eine nach Piłsudski benannte Straße. Die Wiederbenennung des zentralen, weitläufigen Platzes im Herzen der Warschauer Innenstadt war von besonderer Bedeutung, weil sich dort das für politische Rituale und das kollektive Gedächtnis bedeutsame Grabmal des Unbekannten Soldaten befindet und dort alle offiziellen Manifestationen und Demonstrationen stattfinden: Der frühere *Plac Zwycięstwa* [Siegesplatz] – gemeint war der Sieg der Roten Armee 1945 – erhielt seinen Vorkriegsnamen *Plac Piłsudskiego* [Piłsudski-Platz] zurück. Diese Umbenennung war sicherlich der symbolischste Akt unter den Neu- bzw. Wiederbenennungen von Straßen in Polen, weil sie selbst den (ideellen) Sieg Piłsudskis über die Sowjetunion ausdrückte.

Denkmälern kommt ebenfalls eine immense Bedeutung bei der erinnerungskulturellen Aufladung und Markierung des öffentlichen Raumes zu, weil ihre Semantik besondere historische Ereignisse bzw. Personen und so die im Kollektiv bekannten Narrative in symbolisch-komprimierter Form visualisiert. Sie sind somit wichtige Kristallisationspunkte und Zentren historischer Erinnerung im öffentlichen Raum. Durch sie werden geschichtspolitische Interpretationen und Akzentuierungen deutlich, weil ihre semantische und formale Gestaltung die Intentionen der Stifter reflektiert und deren Anspruch demonstriert, die gestaltende und (vor-)herrschende Kraft im Staat zu sein.

Nach 1989 wurden die bestehenden Lenin-Denkmäler wie auch die Denkmäler zahlreicher anderer wichtiger kommunistischer Politiker wie Feliks Dzierżyński gestürzt – zumeist unter dem Applaus eines mehr oder weniger großen Publikums. Jedoch wurden nur diejenigen mit einem expliziten Bezug zur kommunistischen Vergangenheit entfernt; andere in der sozialistischen Ära errichtete Denkmäler blieben unangetastet, auch wenn sie meist nicht weiter gepflegt wurden. Jeder Denkmalsturz in Polen nach 1989 drückte also

⁹ BARTETZKY (wie Anm. 8), S. 917.

¹⁰ Für Warschau vgl. die Liste in: *Gazeta Stołeczna/Gazeta Wyborcza* vom 24.03.1992.

auf symbolische Weise die Abschüttelung der bis dato vorgeschriebenen sozialistischen Traditionen aus. Im Gegensatz dazu entstanden zahlreiche neue Denkmalprojekte, deren konservative Stilistik und Semantik in gewissem Maße an die Volksrepublik anknüpfte. Auch wenn die Errichtung neuer Denkmäler zumeist durch örtliche Bürgerkomitees initiiert wurde, mussten sie doch von den örtlichen Behörden genehmigt werden, was bedeutet, dass ihre jeweilige Aussage von diesen sanktioniert und unterstützt wurde. Auch in Bezug auf die Errichtung neuer Denkmäler war Piłsudski am häufigsten vertreten. In fast jeder größeren polnischen Stadt gibt es heute ein Piłsudski-Denkmal oder zumindest eine an den Marschall erinnernde Gedenktafel oder ein anderes mit ihm verbundenes politisches Symbol.

Drei Denkmalprojekte in Warschau verdeutlichen die geschichtspolitische Orientierung nach 1989 und sind für die polnische Erinnerungspolitik im öffentlichen Raum in jener Zeit repräsentativ: Als zentrale Projekte für das „Martyrertum des polnischen Volkes“¹¹ wurden zwei Denkmäler, nämlich der im September 1993 enthüllte *Pomnik męczenników terroru komunistycznego w Polsce* [Denkmal für die Märtyrer des kommunistischen Terrors in Polen]¹² und der *Pomnik Poległym i Pomordowanym na Wschodzie* [Denkmal für die im Osten Gefallenen und Ermordeten, 1995], realisiert, außerdem das 1995 enthüllte Piłsudski-Denkmal. Diese drei Denkmäler zeigen deutlich den Wunsch, historische Tabus der Volksrepublik aufzuarbeiten, wodurch der erinnerungskulturelle Umgang mit diesen Ereignissen und die Konzentration auf diese Themen deutlich werden.¹³ Die Standorte für die beiden zuletzt genannten Denkmäler wurden lebhaft diskutiert¹⁴; beide wurden an symbolträchtigen Tagen im Rahmen von politischen Feiern enthüllt: das Denkmal für die „im Osten Gefallenen und Ermordeten“ am 17. September 1995, dem Jahrestag der Besetzung durch die Sowjetunion 1939, das Piłsudski-Denkmal am 15. August 1995, der an das „Wunder an der Weichsel“ erinnerte.

¹¹ „[M]artyrologia Narodu Polskiego“, vgl. BARTETZKY (wie Anm. 8), S. 917. Vgl. auch IRENA GRZESIUK-OLSZEWSKA: *Polska rzeźba pomnikowa w latach 1945-1995* [Polnische Denkmalsplastik der Jahre 1945-1995], Warszawa 1995. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurden die Warschauer Denkmäler konkreter in Bezug auf die Motive, die vor allem militärische Leistungen thematisierten: das Denkmal für die polnische Kavallerie (1999), das Denkmal für den Kampf der Polen in fremden Ländern (1998), das Denkmal für die Schlacht von Montecassino 1944 (1999) und das Denkmal für die *Armia Krajowa* [Heimarmee, 1999]. Alle haben einen deutlich symbolischen Charakter und sind bezüglich des Stils eher konservativ.

¹² Vgl. GRZESIUK-OLSZEWSKA (wie Anm. 11), S. 174-177.

¹³ In diesem Rahmen kann nicht weiter auf die Stiftung zahlreicher Gedenktafeln in Warschau zum Gedenken an den Warschauer Aufstand und polenweit zum Gedenken an Katyń eingegangen werden. Zu den Katyń-Denkmalen vgl. den Beitrag von CORDULA KALMBACH: *Das Ende des Schweigens – Katyn-Denkmal in Polen seit 1989*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 59 (2010), 4 (im Erscheinen).

¹⁴ Beispielsweise in Bezug auf das Piłsudski-Denkmal: *W pamięci i w brązie* [Im Gedächtnis und in Bronze], in: *Gazeta Stołeczna/Gazeta Wyborcza* vom 28.10.1991.

Das Piłsudski-Denkmal wurde nach längeren Debatten gegenüber dem Grabmal des Unbekannten Soldaten errichtet, auf dem ebenfalls nach dem Marschall benannten weitläufigen Platz. Die Semantik dieses Denkmals sowie seine Realisation¹⁵ zeigen deutlich, dass die Stifter Piłsudski sowie sein Wirken für die Unabhängigkeit Polens und seine Haltungen gegenüber der Demokratie verklärten und ihn als Vorbild darstellen wollten. Jedoch gab es um dieses Denkmal auch Streit: nicht wegen seiner Grundaussage, die auf dem Piłsudski-Mythos basiert, sondern aufgrund seiner angeblich unzureichenden Monumentalität und seiner Positionierung am Rande eines Parkplatzes, welche ihm den Spottnamen *Dziadek na parkingu* [„Großväterchen auf dem Parkplatz“] eintrug. Als Ergebnis dieses Konfliktes wurde 1998 ein weiteres, erheblich monumentaleres Piłsudski-Denkmal errichtet, das sich am Belweder-Palais, dem Sitz Piłsudskis seit 1926 bis zu seinem Tode, befindet. Dieses Denkmal ist letztlich auch als Kritik an der Denkmals- und Symbolpolitik zu verstehen, die besonders national-konservativen Kreisen nicht weit genug ging.

Der *Pomnik Poległym i Pomordowanym na Wschodzie* thematisierte ein noch größeres politisches und erinnerungskulturelles Tabu der volkspolnischen Zeit: die Opfer bzw. Verbrechen unter der sowjetischen Herrschaft, insbesondere während des stalinistischen Terrors. Zunächst sollte es am Dąbrowski-Platz errichtet werden, nach heftigen Debatten entstand es schließlich 1995 in der Muranowska-Straße nicht weit vom sogenannten „Umschlagplatz“ entfernt, wo bereits 1988 ein Denkmal für die von dort aus in die Vernichtungslager deportierten Juden errichtet worden war. Der *Pomnik Poległym i Pomordowanym na Wschodzie* setzt sich aus Eisenbahnschwellen, auf denen die Namen der Lager im Osten genannt werden, wo Polen starben, und einem Waggon mit (christlichen) Kreuzen sowie jüdischen und islamischen¹⁶ Grabsteinen zusammen. Die Semantik des Denkmals zielt auf die durch die Sowjetunion an Polen begangenen Verbrechen, aber durch die mit der Platzierung geschaffene Achse zum Umschlagplatz auch auf die deutschen ab.¹⁷ Diese Kontextualisierung mit dem Umschlagplatz lief auf eine Gleichsetzung der überwiegend christlichen polnischen Opfer der sowjetischen Verbrechen mit den vornehmlich jüdischen Opfern des Holocaust hinaus, d.h. es fand eine grundlegende Umwertung vom Tabu zum Leitnarrativ polnischer Opferschaft statt.¹⁸ Da zuvor die Besatzung durch die Sowjetunion 1939 und Katyń politi-

¹⁵ Von Bedeutung sind Tafeln mit entsprechenden Piłsudski-Zitaten auf allen vier Seiten des Sockels.

¹⁶ Auf diese Weise wurde den Opfern aus den Reihen der polnischen Tataren gedacht.

¹⁷ Vgl.: *Za ofiary totalitaryzmów* [Für die Opfer der Totalitarismen], in: *Gazeta Stołeczna/Gazeta Wyborcza* vom 29.05.1999. Der Artikel handelt von den Plätzen, wo Papst Johannes Paul II. für die Opfer beider „Totalitarismen“ beten würde, wodurch er explizit Bezug auf die Semantik des Denkmals nimmt. Vgl. auch KALMBACH (wie Anm. 13).

¹⁸ Hierauf beruht auch die Debatte um den Band von JAN T. GROSS: *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka* [Nachbarn. Die Geschichte der Vernichtung eines

sche Tabus gewesen waren, bedeutete das Gedenken an sie eine radikale Wendung in der offiziellen Erinnerungskultur, welche mit der Politik der ersten postkommunistischen Regierungen korrespondierte.

Im Gegensatz zu den Denkmälern, die an die sowjetischen Verbrechen in und an Polen erinnerten, wurden die zwei wichtigsten Denkmäler, die an die deutschen Verbrechen in Polen erinnerten, vor der politischen Wende errichtet: das Ghetto-Denkmal bereits im Jahr 1948 und das Denkmal des Warschauer Aufstands 1944¹⁹ im Sommer 1989, wobei dessen Errichtung auch für die erinnerungspolitische Wende steht. Es wurde unter dem Druck breiter Kreise der Bevölkerung genehmigt und kann daher als die erste erinnerungspolitische Konzession des Regimes im öffentlichen Raum betrachtet werden, wurde der Warschauer Aufstand doch aufgrund seiner auch antisowjetischen Ausrichtung als erinnerungskulturelles Tabu behandelt.²⁰ Die Schaffung neuer politischer Symbole bzw. die Wiederetablierung von politischen Symbolen aus der Zweiten Republik sowie die vorangegangene Entfernung zentraler volkspolnischer Erinnerungsorte deuten auf grundsätzliche Brüche in der Erinnerungspolitik und – in Bezug auf die Zweite Republik – zugleich auf restaurative Tendenzen hin, die sich auch in den gleichzeitigen Veränderungen der politischen Festkultur manifestierten.

Zur Transformation politischer Feiern

Ein weiterer erinnerungspolitischer Schritt bei der Etablierung der Dritten Republik war die Entscheidung darüber, welche Jahrestage zu staatlich anerkannten Feiertagen erhoben werden sollten. Traditionell ist in Polen eine „Kalendar-Kultur“²¹ stark verwurzelt, d.h. eine politische Kultur, die sich an historischen Jahrestagen orientiert und auf die Teilungszeit zurückgeht. Die Etablierung gesetzlicher Feiertage durch den Gesetzgeber akzentuiert noch stärker als die Denkmalspolitik die vorherrschende Hierarchie des Gedenkens in der offiziellen Erinnerungskultur nach 1989 sowie den Bruch mit volksrepublikanischen Traditionen: Bei der Festlegung der gesetzlichen Feiertage berief sich der Gesetzgeber auf die „besten Traditionen“ des polnischen Freiheits- und Unabhängigkeitskampfes, die mit dem 3. Mai 1791 und dem 11. November 1918 assoziiert werden. Der 3. Mai, der 1990 als gesetzlicher Feiertag eingeführt wurde, erinnert an die erste polnische Verfassung, die gleichzeitig auch die erste auf dem europäischen Kontinent war, und die damit verbundenen, teilweise verklärten demokratisch-konstitutionellen Traditionen. Der 11. November, der schon seit 1989 ein gesetzlicher Feiertag ist, bezieht

Shtetls], 2. Aufl., Sejny 2000 (deutsche Fassung: Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001).

¹⁹ GRZESIUK-OLSZEWSKA (wie Anm. 11), S. 164-174.

²⁰ Zur Deutung des Warschauer Aufstands vgl. beispielsweise die einschlägigen Aufsätze in: Die polnische Heimarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von BERNHARD CHIARI, München 2003.

²¹ TARKOWSKA (wie Anm. 2), S. 218 f.

sich auf die Wiedererrichtung des polnischen Staates 1918 und ist eng mit der Verehrung des Staatsgründers Józef Piłsudski verbunden. Beide gesetzlichen Feiertage werden offiziell mit Paraden, Reden und öffentlichen Manifestationen begangen.

Zugleich bedeutete die Festlegung dieser Feiertage eine Rückkehr zu den Traditionen der Zweiten Republik und einen Bruch mit dem kommunistischen Festkalender, der wiederum nur den 1. Mai als den Internationalen Tag der Arbeit aus der Zwischenkriegszeit übernommen hatte, während Feiern zum 3. Mai und zum 11. November verboten waren. Stattdessen wurden in der Volksrepublik Polen zwei neue Jahrestage eingeführt, die von zentraler Bedeutung für die Legitimierung des Regimes waren: der 22. Juli als gesetzlicher Feiertag zur Erinnerung an das Manifest des Polnischen Komitees zur nationalen Befreiung (Lubliner Manifest) aus dem Jahr 1944²² und der 9. Mai (nach Moskauer Lesart) als Tag der deutschen Kapitulation 1945, der als Gedenk-, nicht aber als arbeitsfreier Tag eingeführt wurde. Das entsprechende Dekret²³ erklärte schon am 8. Mai 1945, dass der nachfolgende Tag als „nationaler Feiertag des Sieges und der Freiheit“²⁴ für „alle Zeiten“²⁵ als der Tag des „Sieges des Polnischen Volkes und seiner großen Alliierten über die germanische Besatzung, der Demokratie über den Hitlerismus und Faschismus, der Freiheit und Gerechtigkeit über Sklaverei und Gewalt“²⁶ etabliert werde. Seitdem wurde der 9. Mai offiziell – wie das sowjetische Vorbild – als Tag

²² „Celem upamiętnienia po wsze czasy Odrodzenia Niepodległego i Demokratycznego Państwa Polskiego [...] jako dzień powstania Suwerennej władzy Narodu Polskiego“ [„Mit dem Ziel für alle Zeiten an die Wiedergeburt des unabhängigen und demokratischen polnischen Staates [...] als Tag des Entstehens der Souveränen Macht des Polnischen Volkes zu erinnern“] (Ustawa z dn. 22 lipca 1945 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Odrodzenia Polski), in: Dziennik Ustaw 1945, nr 32, poz. 194: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19450320194> (eingesehen am 1.10.2010).

²³ Dekret z dnia 8 maja 1945 r. o ustanowieniu Narodowego Święta Zwycięstwa i Wolności [Dekret vom 8. Mai 1945 über die Errichtung des Nationalen Feiertags des Sieges und der Freiheit], in: Dziennik Ustaw z 1945 r., nr 21, poz. 116. Diese Festlegung antizipierte den Umgang mit dem Kriegsende für die nächsten fünfzig Jahre. Die sowjetische Lesart des Kapitulationsdatums ergibt sich aus der Akzeptanz der Kapitulationsurkunde durch die Sowjetunion: Weil die deutsche Kapitulation in Reims nicht vor den Augen der sowjetischen Repräsentanten unterzeichnet worden war, akzeptierten diese das Dokument nicht, sondern nur eine am späten Abend des 8. Mai (früher Morgen des 9. Mai nach Moskauer Zeit) in Anwesenheit ihrer Vertreter in Karlshorst bei Berlin unterzeichnete Kopie. Vgl. zu den Feiern 1945 PIOTR OSEKA: Nie było wiwatów [Es gab keine Vivat-Rufe], in: Gazeta Wyborcza vom 9.05.2005. Vgl. auch: Kiedy wygraliśmy wojnę? [Wann gewannen wir den Krieg?], in: Gazeta Wyborcza vom 10.05.1995.

²⁴ „Narodowe Święto Zwycięstwa i Wolności“, Dekret z dnia 8 maja 1945 r. (wie Anm. 23).

²⁵ „po wsze czasy“, ebenda.

²⁶ „[Z]wycięstwa Narodu Polskiego i Jego Wielkich Sprzymierzeńców nad najeźdźcą germańskim, demokracji nad hitleryzmem i faszyzmem, wolności i sprawiedliwości nad niewolą i gwałtem“, ebenda.

der Erinnerung an die deutsche Aggression und die deutschen Verbrechen mit (militärischen) Paraden und Kranzniederlegungen begangen.

Im Gegensatz zur offiziellen Erinnerungspolitik wurden der 3. Mai²⁷ und der 11. November²⁸ von Oppositionskreisen genutzt, um gegen das Regime zu demonstrieren, weil beide Daten eng mit der Geschichte Polens als unabhängiger Staat verbunden wurden.²⁹ Auf Grund des Drucks von unten entschied das kommunistische Regime Ende der 1980er Jahre, den 11. November offiziell zu begehen, akzentuierte bei den entsprechenden Reden jedoch die sozialistischen Traditionen, um so die Bedeutung des Festtags zu erweitern. Es etablierte ihn schließlich 1989 als gesetzlichen Feiertag.³⁰ Nur rund eine Woche nach Beginn der Verhandlungen am Runden Tisch umgesetzt, kann dieser Akt als symbolisches Zugeständnis an die Opposition gewertet werden, das für die erinnerungskulturelle Wende des Jahres 1989 steht.

Wie die Resolution des Sejm vom 11. November 1997 zeigt, wurde der Tag seitdem auch dazu genutzt, an das Schicksal der Polen während des Zweiten Weltkriegs und der Volksrepublik zu erinnern, da in dem halben Jahrhundert „die freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen der Polen durch die hitleristischen und sowjetischen Besatzer und dann durch das der Sowjetunion unterstellte kommunistische Regime, das uns fremd war, erstickt wurden“³¹. Der Unabhängigkeitstag vereinte somit in der offiziellen Lesart die polnische Geschichte des gesamten 20. Jahrhunderts. Dies hatte zur Folge, dass die Kontinuitätslinie des Kampfes für Freiheit und Unabhängigkeit als

²⁷ Ustawa z dnia 6 kwietnia 1990 r. o przywróceniu Święta Narodowego Trzeciego Maja [Gesetz vom 6. April 1990 über die Rückkehr des nationalen Feiertags des Dritten Mai], in: Dziennik Ustaw z 1990 r., nr 28, poz. 160: <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU19900280160> (eingesehen am 1.10.2010).

²⁸ SABINE GRABOWSKI: Wiedergeburt Polens im Jahre 1918. Bedeutungswandel des polnischen Unabhängigkeitstages zwischen 1944 und 1989, in: Osteuropa 49 (1999), S. 1260-1272.

²⁹ Beide Tage waren während der Zweiten Republik gesetzliche Feiertage. Der 3. Mai verlor jedoch zugunsten des 11. November an Bedeutung für den Staat. Der 3. Mai war während der gesamten Zwischenkriegszeit gesetzlicher Feiertag, der 11. November erst ab 1937, obwohl er schon seit 1926 gefeiert und administrativ angeordnet und vor allem in Schulen und der Armee begangen worden war.

³⁰ Der 11. November wurde somit zu dem gesetzlichen Feiertag, der an die „unabhängige staatliche Existenz“ („niepodległego bytu państwowego“) und den „Kampf von Generationen von Polen um Freiheit und Unabhängigkeit“ („walk pokoleń Polaków o wolność i niepodległość“) erinnerte. Vgl. dazu den Gesetzestext vom 15. Februar 1989: Dziennik Ustaw PRL 1989, nr 6, poz. 34: <http://e-prawnik.pl/akty/9/9/375bb9f0dd78ace9fd198fa47acf16d9.pdf> (eingesehen am 1.10.2010).

³¹ „[W]olnościowe i demokratyczne aspiracje Polaków były dławione przez hitlerowskich i sowieckich okupantów a następnie – obcą naszej tradycji – podporządkowaną Związkowi Radzieckiemu komunistyczną władzę.“ Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 listopada 1997 r. z okazji Święta 11 listopada [Beschluss des Sejms der Republik Polen vom 11. November 1997 aus Anlass des Feiertags des 11. November], in: Monitor Polski 1997, nr. 82, poz. 793.

historisch bedeutsamer erschien; zumal durch die Festlegung auf den 11. November ein starker Bezug zu den Traditionen der Zweiten Republik und insbesondere zu Piłsudski hergestellt wurde. Dieser Bezug hatte auch eine deutliche antirussische Komponente, wie die Wiedereinführung des 15. August (als Mariä-Himmelfahrtstag ein kirchlicher Feiertag) als Tag des polnischen Militärs im Jahr 1992 zeigt, weil er an das „Wunder an der Weichsel“ erinnert.³²

Dagegen wurde der 22. Juli als gesetzlicher Feiertag abgeschafft.³³ Im Gegensatz zur Wiedereinführung des 11. November und 3. Mai spaltete diese Entscheidung den Sejm, weil Staatspräsident Wojciech Jaruzelski und andere Mitglieder der PZPR die Sejmapgeordneten davon zu überzeugen versuchten, den 22. Juli als den „Tag der polnischen Wiedergeburt“ beizubehalten. Sie werteten das Manifest des Lubliner Komitees zur Nationalen Befreiung immer noch als bedeutendes Dokument, das die Vertreibung der Besatzungsmacht und die Wiedergeburt des freien Polens nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiere.³⁴

Der Gedenktag der deutschen Kapitulation wurde im Gegensatz dazu nicht aufgegeben, sondern ab 1991 nach westlichem Vorbild auf den 8. Mai vorgezogen.³⁵ Dies ist durchaus auch symbolhaft als ein Zeichen dafür zu sehen, nun im Westen angekommen zu sein. Nach 1991 beschäftigten sich die Zeitungen zu runden Jahrestagen nur noch intensiver mit diesem Gedenktag, insbesondere 1995, als sich die deutsche Kapitulation zum 50. Mal jährte und dieser Tag arbeitsfrei war. Die Berichte beschreiben nicht nur den Verlauf der Feiern, sondern thematisieren das historische Ereignis, kommentieren es und heben bestimmte Aspekte hervor. In der überwiegenden Zahl der Berichte und Kommentare nach 1989 wird nicht nur an die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs erinnert, sondern auch an die sowjetische Besatzung im Zweiten Weltkrieg sowie an die Hegemonie der UdSSR über Polen bis 1989. Beispielsweise fragt der Kommentator des *Magazyn der Gazeta Wyborcza* 1995, ob der 8. Mai tatsächlich ein Tag der Befreiung gewesen sei.³⁶ Typisch für derartige Kommentare ist, dass das kommunistische Regime

³² Dafür wurde der volkspolnische „Tag des Militärs“ (*święto wojska*) am 30. Juli 1992 abgeschafft, vgl. HAŁAS (wie Anm. 7), S. 62.

³³ Ustawa z dnia 6 kwietnia 1990 r. o zniesieniu 22 lipca jako Narodowego Święta Odrodzenia Polski [Gesetz vom 6. April 1990 über die Abschaffung des 22. Juli als nationalen Feiertags der Wiedergeburt Polens], in: Monitor Polski 1997, nr 28, poz. 159.

³⁴ Siehe *Gazeta Wyborcza* vom 7.-8.04.1990 und *Rzeczpospolita* vom 7.-8.04.1990. Diese Debatte zeigt deutlich, dass der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit die Gesellschaft spaltete: Der Sejm entschied gegen Jaruzelskis Appell und für die Abschaffung des 22. Juli als Feiertag (182 Nein-Stimmen, 56 Ja-Stimmen, 39 Enthaltungen).

³⁵ *Gazeta Wyborcza* vom 9.05.1994.

³⁶ MICHAŁ CICHY: Właściwie jaką rocznicę obchodziliśmy: wyzwolenia czy niezwolnienia? [Welchen Jahrestag feierten wir eigentlich: Befreiung oder Unfreiheit?], in: *Magazyn Gazety Wyborczej* vom 16.05.1995.

und seine Verbrechen nach 1945 mit den deutschen Verbrechen parallelisiert oder gleichgesetzt werden. Daraus folgt, dass die deutsche Kapitulation nicht als Kriegsende für Polen gesehen wird. So stellt beispielsweise die *Gazeta Wyborcza* fest: „Für die Völker des östlichen und mittleren Europas dauerte der Krieg an, eine neue Besatzung ersetzte die alte.“³⁷ In diesem Sinne können auch die Verlautbarungen von Regierungsseite anlässlich dieser Gedenktage interpretiert werden, die an den 1. September 1939, also den deutschen Angriff auf Polen, und den 17. September 1939 als Beginn der sowjetischen Besatzung Ostpolens erinnerten.³⁸

Der Streit zwischen Staatspräsident Lech Wałęsa und Premierminister Józef Oleksy über eine offizielle Teilnahme an den Moskauer Jubiläumsfeierlichkeiten zum 9. Mai 1995 verdeutlicht, dass die polnische Gesellschaft fünf Jahrzehnte nach Kriegsende bei der Beurteilung des Ereignisses gespalten war. Oleksy, Mitglied der postkommunistischen Partei *Sojusz Lewicy Demokratycznej* [Bündnis der demokratischen Linken], vertrat im Gegensatz zu Wałęsa den Standpunkt, dass der 9. Mai 1945 ein Freudentag für ganz Polen gewesen sei.³⁹ Mit Bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen argumentierte Außenminister Władysław Bartoszewski in seiner Rede, die er anlässlich des 50. Jahrestags der deutschen Kapitulation vor dem Deutschen Bundestag hielt⁴⁰, dass nicht nur dieses Datum, sondern auch die deutsch-polnischen Beziehungen als Ganzes nicht allein von einer reflektiven Bewertung der deutschen Verbrechen seit 1933 ausgehen, sondern von einem europäischen Standpunkt aus bewertet werden sollten. Er hielt die deutsch-polni-

³⁷ „Dla narodów Europy Wschodniej i Środkowej wojna trwała nadal, nowa okupacja zastąpiła starą.“ Prawdziwy koniec wojny [Das wirkliche Kriegsende], in: *Gazeta Wyborcza* vom 16.09.1994. Vgl. auch Lech Wałęsas Rede vor Sejm und Senat: Nie dla wszystkich wolność [Freiheit nicht für alle], in: *Gazeta Wyborcza* vom 9.05.1995, in der er feststellte: „Für Polen endete der Kampf um die Unabhängigkeit nicht im Mai 1945, sondern dauerte noch ein halbes Jahrhundert“ („Dla Polski walka o niepodległość nie zakończyła się w maju 1945 r., trwała jeszcze pół wieku“).

³⁸ Beide Tage sind keine gesetzlichen Feiertage, sondern nur offizielle Gedenktage, an denen die Repräsentanten der Alliierten, des polnischen Staates sowie militärischer Organisationen Kränze niederlegen. Zeitungsartikel gedenken dieser Tage ebenfalls, vgl. z.B. die *Gazeta Wyborcza* vom 9.05.1994 mit dem Aufmacher: „Sieg und Niederlage“ („zwycięstwo i klęska“). Vgl. auch den Artikel mit der provokanten Überschrift „Sam byłem żołnierzem. Polska 1944-45. Wyzwolenie czy zniewolenie?“ [Ich war selbst Soldat. Polen 1944-45. Befreiung oder Gefangennahme?], in: *Polityka* vom 20.05.1995; vgl. auch *Życie Warszawy* vom 8.09.1995 und *Rzeczpospolita* vom 9.05.1995.

³⁹ Vgl. Jak doszło do awantury o koniec wojny [Wie es zum Streit um das Kriegsende kam], in: *Gazeta Wyborcza* vom 21.04.1995.

⁴⁰ Rede des polnischen Außenministers Władysław Bartoszewski während der Sitzung des Deutschen Bundestags zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 28.04.1995: http://www.bundestag.de/kulturrundgeschichte/geschichte/gastredner/bartoszewski/rede_bartoszewski.html#barto (eingesehen am 1.10.2010), vgl. auch WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI: Historia dla przyszłości [Geschichte für die Zukunft], in: *Gazeta Wyborcza* vom 29.04.1995.

sche Nachbarschaft und Kooperation für entscheidende Faktoren bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union.

Die wieder etablierten gesetzlichen Feiertage bezogen sich also deutlich auf die „besten Traditionen“ des polnischen Unabhängigkeitskampfes sowie der polnischen Demokratiegeschichte. Die Tatsache, dass diese Tage gesetzliche Feiertage sind, während die an die Verbrechen deutscher und sowjetischer Besatzer erinnernden Jahrestage lediglich Gedenktage sind, deutet darauf hin, dass es eine gewisse Hierarchie in der Erinnerungspolitik gab und immer noch gibt, in der die staatlich-demokratischen Traditionen überwiegen.

Sanktionierung des erinnerungspolitischen Wandels durch die Verfassung

Die hier skizzierte neue Akzentsetzung, wenn nicht gar Wende in der Erinnerungskultur fasst – gleichsam diese Phase beendend – die Präambel der 1997 in Kraft getretenen Verfassung zusammen, die gleichzeitig die Herausforderungen der Erinnerungspolitik in der Etablierungsphase der Dritten Republik umreißt:

„In der Sorge um unser Vaterland und seine Zukunft, nachdem wir in 1989 die Möglichkeit wiedergewonnen haben, souverän und demokratisch über unser Schicksal zu bestimmen, beschließen wir, das Polnische Volk – alle Staatsbürger der Republik, [...] wir alle, gleich an Rechten und Pflichten dem gemeinsamen Gut, Polen, gegenüber, in Dankbarkeit gegenüber unseren Vorfahren für ihre Arbeit, für ihren Kampf um die unter großen Opfern erlangte Unabhängigkeit, für die Kultur, die im christlichen Erbe des Volkes und in allgemeinen menschlichen Werten verwurzelt ist, an die besten Traditionen der Ersten und Zweiten Republik anknüpfend, verpflichtet, alles Wertvolle aus dem über tausendjährigen Erbe an kommende Generationen weiterzugeben“.⁴¹

Die Präambel bezieht sich auf die durch die letzte Teilung 1795 untergegangene Adelsrepublik und auf die Zweite Republik. Dies deutet an, wie die Schöpfer der Verfassung sich selbst bzw. den postkommunistischen polnischen Staat im ausgehenden 20. Jahrhundert sahen: In Kontinuität zur Zweiten Republik hielten sie die neue Republik für die „Dritte“ und nicht die „Vierte“. Sie wollten, mit den Worten der Präambel, die „besten Traditionen“ dieses Vorgängerstaats fortführen und blendeten dabei bewusst die unmittelbare Vergangenheit, die Volksrepublik, wie auch die problematischen Seiten der Zweiten Republik aus: die autoritäre Phase und Diktatur Piłsudskis. Dabei erwies sich die als politisches System angestrebte Demokratie als zentrales Ideal, auf das man sich im Prozess der politischen Modernisierung beziehen musste.⁴²

⁴¹ Verfassung vom 2. April 1997 (wie Anm. 1), Hervorhebungen durch die Vf.in.

⁴² KARIN MATTUSCH: Der Zusammenbruch und die Neuschaffung politischer Mythen in den sich wandelnden Gesellschaften Osteuropas, in: Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, hrsg. von CLEMENS FRIEDRICH und BIRGIT MENZEL, Frankfurt a.M. 1994, S. 55-63.

Die Präambel der Verfassung steht somit für den Bruch mit der Geschichtspolitik und den sozialistischen Inhalten der Erinnerungskultur Volkspolens und fasst die Grundzüge der offiziellen Erinnerungspolitik in den ersten Jahren der Dritten Republik eindringlich zusammen. Dieser Bruch fand aber nicht abrupt statt, sondern beendete einen Prozess, der durch die politische Opposition begonnen worden war und der das sozialistische Regime Volkspolens gezwungen hatte, sich mit dem historischen Gegenarrativ der Opposition auseinanderzusetzen, das als „counter-hegemonic discourse“⁴³ allmählich einen ähnlich großen Einfluss auf die Gesellschaft ausgeübt hatte wie das politische System. Diesem historischen Gegenarrativ war es gelungen, die offizielle Geschichtsinterpretation während der Volksrepublik mehr und mehr für den alt hergebrachten, während der Volksrepublik tabuisierten Kanon der politischen Mythen und Traditionen zu öffnen⁴⁴ und dadurch an die Traditionen der Zweiten Republik anzuknüpfen. Der rituelle und symbolische Wandel benötigte eine Sammlung von unterschiedlichen Persönlichkeiten und Ereignissen, auf die man mit Stolz oder mit Bedauern blicken konnte; er war ein verklärter Blick auf die nationale Vergangenheit. Inhärent ist diesen Narrativen, dass sie sich entweder auf den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit beziehen und Einzigartigkeit, Mut und Heroismus repräsentieren oder für das polnische Märtyrertum stehen. Diese Veränderungen im kollektiven Gedächtnis stellten somit eine Antwort auf die frühere offizielle Interpretation der Vergangenheit dar.⁴⁵

Erinnerungspolitische Kontinuitäten und Diskontinuitäten

Weil „Erinnern“ als ein bewusster Akt immer auch „Nichterinnern“ bzw. „Ausblenden“ oder „Vernachlässigen“ historischer Ereignisse oder Prozesse bedeutet, beschreibt die Orientierung an der Zweiten Republik einen typischen Prozess in der Erinnerungskultur, der in allen ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten zu finden ist: die Suche nach bzw. die Rückkehr zu einer vermeintlich eigenen Geschichte mit eigenen Traditionen, die nicht auf sowjetischen Einfluss zurückgehen. Umbruchphasen können als Phasen angesehen werden, in denen die Nationsbildung vorangebracht wird, wobei Transformationsmythen wie auch andere Gründungsmythen wichtige Versatz-

⁴³ KUBIK (wie Anm. 6), S. 243.

⁴⁴ KRAFT, Geschichte (wie Anm. 4), S. 130, 136, 139; RUDOLF JAWORSKI: Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Geschichtskulturen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Erinnern, verdrängen, vergessen. Polnische und deutsche Erfahrungen, hrsg. von EWA KOBYLIŃSKA und ANDREAS LAWATY, Wiesbaden 1998, S. 33-52. Vgl. auch BARBARA SZACKA, ANNA SAWICZ: Czas przeszły i pamięć społeczna. Przemiany świadomości historycznej polskiej 1965-1988 [Die Vergangenheit und das soziale Gedächtnis. Veränderungen des polnischen historischen Bewusstseins 1965-1988], Warszawa 1990; vgl. auch KUBIK (wie Anm. 6).

⁴⁵ TARKOWSKA (wie Anm. 2), S. 219-222; SONIK (wie Anm. 2), S. 7.

stücke in den Erinnerungsstrategien darstellen. Neu aufkommende bzw. wiederkehrende Schwerpunktsetzungen in der Erinnerungskultur weisen auf die sich verändernden Erinnerungsstrategien und dahinter stehenden politischen Absichten hin. Die Wiederkehr von Narrativen zeigt, dass die – aufgezwungene – kommunistische Erinnerungspolitik zu keiner echten Bewusstseins- oder Identitätsänderung in größeren Bevölkerungsteilen, sondern vielmehr die Tabuisierung bestimmter erinnerungskultureller Motive zu ihrer Fortexistenz im historischen Bewusstsein vieler Polen geführt hatte.⁴⁶ Die postkommunistische Gesellschaft Polens suchte nach einem Selbstbild, das sich über das Abschütteln des kommunistischen Regimes definieren ließ und das wiederum dieses legitimierte. So finden sich in den hier angedeuteten Narrativen messianistische Motive⁴⁷, die wiederum in Verbindung mit dem polnischen Messianismus des 19. Jahrhunderts zu sehen sind.

Daher lassen sich für die Frühphase der Dritten Republik im Wesentlichen zwei Linien der Erinnerungspolitik im öffentlichen Raum erkennen, die einen Bruch mit den sozialistischen Inhalten der volksrepublikanischen Erinnerungspolitik bedeuten: die Erinnerung an die Zweite Republik und die Erinnerung an die gegen Polen verübten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg⁴⁸ sowie unter der sowjetischen Besatzung bzw. Hegemonie nach 1945. Die Erinnerung an die Verbrechen unter sowjetischer Hegemonie war einerseits ein neues Phänomen, konnte andererseits aber auf dem Fundament antirussischer Narrative der Teilungs- und Zwischenkriegszeit aufbauen. Die Erinnerung an die „besten Traditionen“ der Zweiten Republik wurde zwar durch Oppositionskreise in der Volksrepublik wach gehalten; es gelang jedoch erst in der Spätphase Volkspolens, in der das Regime brüchig geworden war, ansatzweise den öffentlichen Raum entsprechend zu markieren.

Die erste Linie lässt sich pointiert mit den Worten Adam Michniks, des früheren Dissidenten und Herausgebers der *Gazeta Wyborcza*, charakterisieren: „Poland’s velvet revolution gave birth to the velvet restoration. [...] The restoration is a reaction to the revolution, a paradox of old-timers’ comebacks, of former symbols, traditions, and customs. Revolution feeds on the promise of a Big Change, restoration promises the return of the ‚good old

⁴⁶ MATTUSCH (wie Anm. 42), S. 62, sowie STEFAN TROEBST, WILFRIED JILGE: Zur Einführung, in: Osteuropa 53 (2003), 7, S. 908-909; RUDOLF JAWORSKI: Alte und neue Gedenkorte in Osteuropa nach dem Sturz des Kommunismus, in: Gedenkorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand, hrsg. von DEMS. und LUDWIG STEINDORFF, Frankfurt a.M. u.a. 2003, S. 11-25.

⁴⁷ VLADIMIR TISMANEANU: *Fantasies of Salvation. Democracy, Nationalism, and Myth in Post-Communist Europe*, Princeton 1998, S. 7.

⁴⁸ Vgl. vor allem zur Bedeutung der deutschen Besatzung für die Erinnerungskultur heute: HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Die Erinnerung an die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs in Polen – Transformationen und Kontinuitäten der polnischen Erinnerungskultur 1980-2005, in: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, hrsg. von BERND FAULENBACH und FRANZ-JOSEF JELICH, Essen 2006 (Geschichte und Erwachsenenbildung, 21), S. 55-78.

days“.⁴⁹ Die restaurativen Schwerpunkte des Geschichtsbewusstseins lagen also auf der Zwischenkriegszeit und insbesondere auf der Person Piłsudskis während des autoritären *Sanacja*-Regimes seit 1926.⁵⁰ Er wurde nach 1989 als die „ohne jeden Zweifel [...] berühmteste Persönlichkeit unserer politischen und militärischen Geschichte“⁵¹ gesehen, als Vorbild hinsichtlich des Engagements für den Staat, als Verteidiger der Demokratie⁵² sowie als „Hauptarchitekt der polnischen Unabhängigkeit“⁵³. Insbesondere das „Wunder an der Weichsel“ sowie seine anti-russische bzw. anti-sowjetische Haltung boten sich als ideelle Rechtfertigung für die politische Wende von 1989 an, die eben auch als eine Revolution gegen die sowjetische Hegemonie in Polen verstanden wurde.⁵⁴ Dieser Aspekt führt zur zweiten Linie der Erinnerungspolitik.

Diese Linie bestand in dem Gedenken an die Verbrechen der zwei Totalitarismen, wobei der Schwerpunkt eben auf diejenigen Gewalttaten gelegt wurde, die unter der sowjetischen Hegemonie gegen Polen begangen worden waren. Diese Parallelisierung, ja Gleichsetzung der Verbrechen unter nationalsozialistischer und sowjetischer Herrschaft in der offiziellen Erinnerungspolitik war insgesamt ein Charakteristikum und wesentlicher Eckstein der ostmitteleuropäischen zeithistorischen Erinnerungskulturen nach 1990 und unterscheidet sich diametral von den westlichen Narrativen, die die Einzigartigkeit des Holocaust betonen und die stalinistischen Verbrechen ignorieren. Hierbei

⁴⁹ ADAM MICHNIK: The Velvet Restoration, in: The Revolutions of 1989, hrsg. von VLADIMIR TISMANEANU, London – New York 1999, S. 246.

⁵⁰ Vgl. zur Bedeutung für die politische Opposition Volkspolens WOLFGANG SCHLOTT: Der Piłsudski-Kult. Die Wiedergeburt einer charismatischen Persönlichkeit in der Solidarność-Ära, Bremen 2003 (Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien, 48).

⁵¹ „[P]onad wszelką wątpliwość najwybitniejszą postacią naszej historii“ (Begründung des Lubliner Ratsbeschlusses Nr. 627/XXXIX/2001 vom 9.07.2001 über die Errichtung des Piłsudski-Denkmal, Privataarchiv der Vf.in).

⁵² Diese Haltung wird beispielsweise durch die Inschriften seines Denkmals auf dem Piłsudski-Platz in Warschau deutlich.

⁵³ „[G]łównego architekta polskiej niepodległości“ (Begründung des Beschlusses des Warschauer Stadtrats zur Aufstellung des Piłsudski-Denkmal am Piłsudski-Platz: Uchwała Nr. 142/XVIII/95 vom 8.06.1995, Privataarchiv der Vf.in). Die große Bedeutung und die Rolle des erneuerten Piłsudski-Mythos im öffentlichen Raum kann jedoch nur verstanden werden, wenn man einen genaueren Blick auf das Verhältnis des kommunistischen Regimes und der politischen Opposition zu dem Piłsudski-Mythos wirft. Unter dem Einfluss des politischen Piłsudski-nahen Exils mit seinen Zentren in New York und London und in den Kreisen der politischen Opposition lebte die Bewunderung für den „Staatsgründer“ weiter, insbesondere im Dunstkreis der Solidarność, während seine Person in Volkspolen ein historisches Tabu darstellte.

⁵⁴ Wer den anti-sowjetischen Aspekt nicht akzeptieren wollte, konnte in Piłsudski zumindest den Staatsgründer und staatsstreuen Diener sehen, was beispielsweise in den Debatten um die Straßennamen und die Errichtung von Denkmälern in ganz Polen und insbesondere in Warschau deutlich wird.

ging es der polnischen Staatsführung darum, die jüngste Vergangenheit in verschiedener Hinsicht erinnerungspolitisch aufzuarbeiten bzw. abzuschütteln, denn die gesamte Propaganda des kommunistischen Regimes war darum bemüht gewesen, Freundschaft mit der Sowjetunion zu demonstrieren, und basierte auf einem antifaschistischen, antideutschen Fundament.⁵⁵ Dieses hatte als Kitt zwischen Regierenden und Regierten gedient, weil die antideutsche Propaganda eine der wenigen Ebenen war, auf denen die Kommunisten eine Chance hatten, bei der Bevölkerungsmehrheit auf Zustimmung zu stoßen. Daher wurde die Propaganda genutzt, um die antideutsche Haltung der Massen zu beeinflussen: Sie habe, so Edmund Dmitrów, eine Schlüsselrolle bei dem Bestreben gespielt, die antisowjetische Einstellung der Polen zu zähmen und die Theorie der zwei Feinde zu entschärfen.⁵⁶ So ließe sich erklären, warum die antirussische Haltung in der ersten Periode nach 1989 die Erinnerungspolitik dominierte: Die andere, bislang unterdrückte Seite des historischen Gedächtnisses musste nachträglich aufgefüllt werden. Während die sowjetischen Verbrechen zu Zeiten der Volksrepublik ein Tabu waren, wurde die Erinnerung an die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg beständig aufrechterhalten. Mit der kommunistischen Zeit zu brechen bedeutete auch, mit der kommunistischen Propaganda zu brechen. Es war eben auch notwendig, an das polnische Schicksal unter sowjetischer Hegemonie zu erinnern und diesbezügliche weiße Flecken zu tilgen.⁵⁷ Die Befreiung von dem sowjetischen Herrschaftseinfluss und die Errichtung des neuen demokratischen Systems mussten legitimiert werden, und dies war nur möglich, wenn der sowjetischen Politik gegenüber Polen und deren Verbrechen gedacht wurde.

Die legitimierende Funktion kam auch in dem Narrativ über die Leistungen der *Solidarność*, die in eine Kontinuitätslinie zum polnischen Unabhängigkeitskampf gestellt wurde, zum Ausdruck: So wie nach der Schlacht vor Warschau 1920 der polnische Unabhängigkeitskampf und die Westbewegung der Roten Armee beendet worden seien, habe der Kampf der *Solidarność* für Unabhängigkeit und Demokratie zum Ende der sowjetischen Hegemonie über Polen geführt. Die *Solidarność* war also demnach – im Gegensatz zu der *Armia Krajowa* [Heimatarmee] im Zweiten Weltkrieg und zum Aufstand von 1956 – erfolgreich, so dass der *Solidarność*-Mythos suggeriert, dass die Arbeit dieser Unabhängigen Gewerkschaft ein wichtiger Nagel im Sarg der

⁵⁵ Vgl. JAN C. BEHREND: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln u.a. 2006 (Zeithistorische Studien, 32).

⁵⁶ EDMUND DMITRÓW: Wychodzenie z wojny [Herkunft aus dem Krieg], in: *Polityka* vom 6.05.1995.

⁵⁷ SONIK (wie Anm. 2), S. 7, vgl. auch den Kommentar von CHRISTOPH KLESSMANN: „Transformation“ der Erinnerungskulturen. Das Beispiel Polen – Gesichtspunkte und Fragen, in: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen (wie Anm. 48), S. 51-53, hier S. 53; vgl. auch KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ: Die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus als Thema in Polen, ebenda, S. 79-92, hier S. 85, der diesen Trend vor allem für die Historiografie feststellt.

Sowjetunion gewesen sei.⁵⁸ Jedoch wurde an diese Errungenschaften in nur sehr geringem Maße durch politische Symbole erinnert. Warum griff die offizielle Erinnerungspolitik nach 1989 die Leistungen der *Solidarność* nicht auf und versuchte, die Erinnerung an sie als den Gründungsakt der Dritten Republik und als „beste Tradition“ darzustellen? Hierfür lassen sich aus erinnerungspolitischer Sicht mehrere Gründe finden: Hätte man die *Solidarność* in den Mittelpunkt der Erinnerungskultur gestellt, wäre es erheblich schwieriger gewesen, eine historische Kontinuität zu vor-volkspolnischen Zeiten und zur Zweiten Republik zu ziehen, auch wenn sie nun im Sinne des Mythos des polnischen Freiheitskampfes gesehen werden konnte. Vor allem aber stand das Bestreben im Vordergrund, nicht die Deutungsmacht zu gefährden, indem umstrittene Themen der Erinnerung – in diesem Fall die Leistungen der *Solidarność*, deren Bewertung die Gesellschaft spaltete – angeboten würden, die nicht die gesamte Bevölkerung erreicht und deren historisches Bewusstsein beeinflusst hätten. Eine Verklärung der *Solidarność*, die nach 1990 in verschiedene konkurrierende Lager zerfiel, als Zersetzerin des kommunistischen Systems war nicht ausreichend fundiert, um die „besten Traditionen“ der polnischen Gesellschaft zu beschreiben und einen Konsens über diese finden zu können. Der letzte Punkt ist entscheidend: Es war von besonderer Bedeutung, ein Motiv der Erinnerung zu finden, das helfen konnte, die Brüche in der Gesellschaft zu überwinden: Während der Piłsudski-Mythos in der Gesellschaft verankert war und akzeptiert wurde, war die Bedeutung der *Solidarność* umstritten und ihre Verehrung zumindest für die Postkommunisten inakzeptabel. Auch konnte sie nicht als Vorbild für die notwendige Einheit der Gesellschaft herangezogen werden.

Ein ähnliches Problem ergibt sich auch bezüglich des Runden Tisches als eines möglichen Gründungsmythos der Dritten Republik: Einerseits wäre damit die identitätsstiftende Unterscheidung zwischen „wir und sie“ (*my i oni*), also der in Volkspolen entstandene, aber für das Selbstverständnis der postsozialistischen Gesellschaft immer noch relevante Gegensatz zwischen der Gesellschaft und dem Staat bzw. den Regierenden, gefährdet worden.⁵⁹ Andererseits war und ist die Vereinbarung mit dem Regime umstritten, wie sich auch in Umfragen und Meinungsäußerungen zum zwanzigjährigen Jubiläum zeigte, so dass es nicht möglich war, den Runden Tisch im gesellschaftlichen Konsens als einen Gründungsakt des demokratischen Systems bzw. der Drit-

⁵⁸ Vgl. zum *Solidarność*-Mythos ANDREAS LAWATY: Der Gründungsmythos: „Solidarität“ – eine Legende, ein Mythos. Hätte er zum Gründungsmythos der neuen polnischen Republik getaucht? Oder ist er nur noch eine „Ansammlung anachronistischer Werte“, naiv und desavouiert?, in: Kafka, Zeitschrift für Mitteleuropa 1 (2001), 3, S. 42-45, sowie MELANIE TATUR: *Solidarność*: Mythos als Realität, in: Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von DIETRICH BEYRAU, Tübingen 1999, S. 141-163.

⁵⁹ CLAUDIA KRAFT: Die Debatte über polnisches Nationalbewusstsein und polnische Erinnerungskultur heute, in: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen (wie Anm. 48), S. 93-112, hier S. 95.

ten Republik zu interpretieren.⁶⁰ Es gelang also aufgrund der politischen Spaltung der Gesellschaft nicht, die *Solidarność* als Symbol der Oppositionsbewegung und den Runden Tisch als Wegmarke der politischen Wende derart aufzuladen, dass sie für die gesamte Gesellschaft identitätsstiftende Bedeutung erfahren hätten.

Fazit: Erinnerungspolitisches Übertünchen und Beseitigen volkspolnischer Narrative

Insgesamt wird deutlich, dass die skizzierten wichtigsten Linien der Erinnerungspolitik keine grundsätzlich neuen Motive hervorbrachten. Ist dies bei der Rückkehr zu den „besten Traditionen“ polnischer Geschichte – gemeint ist hier die Zweite Republik – und dem Anknüpfen an sie offensichtlich, so steht die Betonung der sowjetischen Verbrechen gegenüber Polen eben auch in Kontinuität zu den antirussischen bzw. antisowjetischen Narrativen der Teilungs- und Zwischenkriegszeit, die jedoch durch die Folgen der traumatischen Erfahrungen der sowjetischen Hegemonie seit dem Zweiten Weltkrieg in charakteristischer Weise erweitert wurden. Durch die Narrative wurden die sozialistischen Inhalte der volksrepublikanischen Erinnerungspolitik beseitigt, um eine postsozialistische polnische Identität aufzubauen. Weil ein gesellschaftlicher Konsens über Narrative der jüngsten Vergangenheit, die Leistungen der *Solidarność* und die Verdienste des Runden Tisches, fehlte, wurden durch eine verklärende Sicht auf die Zweite Republik deren „beste Traditionen“ bemüht.

Auch wurde in der offiziellen Erinnerungspolitik ein wichtiger Aspekt der sozialistischen Erinnerungspolitik marginalisiert: die Erinnerung an die deutschen Verbrechen sowie ganz allgemein an die historisch belasteten deutsch-polnischen Beziehungen, da sie nicht recht in die veränderte, neu akzentuierte Erinnerungs- und Gedenkpolitik, aber auch nicht zu den veränderten außenpolitischen Gegebenheiten passte. Sie konnte keinen ambitionierten Gründungsmythos der Dritten Republik bilden, weil sie sich nicht auf eine heroische Leistung, sondern auf Niederlage und Opfer bezog. Ein weiterer Grund findet sich in der Erinnerungskultur der Volksrepublik. Die Wahrnehmung der Deutschen und Deutschlands als Feind wurde stark von der sozialistischen Propaganda beeinflusst, die auf diese Weise versuchte, eine der wenigen Kommunikationsebenen zwischen Bevölkerung und Regime sicherzustellen. Dieses war möglich, weil die sozialistische Deutschenfeindlichkeit an die Germanophobie der Zwischenkriegszeit und an die Erfahrungen mit der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg anknüpfen und für ihre Zwecke weiterentwickeln konnte. Dieses negative Image der Deutschen verschwand nicht aus dem kollektiven Gedächtnis, sondern bestand auch in der Transforma-

⁶⁰ KRAFT, Geschichte (wie Anm. 3), S. 141 f. So war es auch nicht möglich, einen Feiertag zu schaffen, der an die Leistungen der *Solidarność* und die Errungenschaften des Runden Tisches erinnert hätte. Vgl. auch HAŁAS (wie Anm. 7), S. 64 f.

tionsphase weiter, zum Beispiel in den Schulbüchern. Diesbezüglich gab es also nach 1945 keine echte Zäsur im offiziellen historischen Gedächtnis – im Gegensatz zum Bruch mit der Russophobie der Zwischenkriegszeit während des Sozialismus, der in der Erinnerungspolitik nach 1989 wieder rückgängig gemacht wurde. Dieser Aspekt des nationalen Gedächtnisses wurde also bei der Neumarkierung des öffentlichen Raumes in den Hintergrund gedrängt. Im Funktionsgedächtnis blieb er jedoch erhalten, wie die Debatten beispielsweise um Vertreibungsfragen und um die Politik der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński zeigen. Er passte in den ersten Jahren der Dritten Republik nicht in den Mittelpunkt der neuen Erinnerungspolitik, weil die kritische Distanz zu Deutschland eben auch kein neues oder wiederbelebtes, sondern ein althergebrachtes sozialistisches Topos der Erinnerungskultur war, während für die Neuakzentuierung der Erinnerungs- und Identitätspolitik neue Motive notwendig waren. Diese mussten wiederum auch die neuen politischen Realitäten berücksichtigen: Das Abschütteln der sowjetischen Hegemonie und der Kollaps der Sowjetunion hatten auch Konsequenzen für die Haltung gegenüber Deutschland und dem Faschismus, weil Deutschland nun eben nicht mehr in dem Verdacht stand, über das Monopol des Bösen zu verfügen.⁶¹ Weiterhin half die neue Erinnerungspolitik dabei, die Neuausrichtung der Deutschland-Politik zu rechtfertigen. Nach 1989, insbesondere nach der Anerkennung der Grenze durch Deutschland im Jahre 1990 und dem deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahre 1991, lässt sich eine Wendung hin zu einer pragmatischeren Haltung gegenüber Deutschland feststellen.⁶² Eine explizit antideutsche Erinnerungspolitik schien nicht opportun zu sein, so dass der Akzent auf die Gegenwart gelegt wurde: Deutschland wurde nun als Partner und Anwalt der polnischen Interessen bezüglich des EU-⁶³ und NATO-Beitritts gesehen⁶⁴, um nach Europa, in die europäische Wertegemeinschaft „zurückzukehren“

⁶¹ Bezüglich der Haltungen gegenüber Deutschland vgl. ANNA WOLFF-POWESKA: Polen – 50 Jahre danach. Zwischen traumatischer Erbschaft und pragmatischer Gegenwart, in: *Osteuropa* 45 (1995), S. 427-444, hier S. 429 f., 436 f.

⁶² ILYA PRIZEL: *National Identity and Foreign Policy. Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine*, Cambridge 1998, Kapitel: Polish-German Relations, S. 112-124. Zu den polnischen Haltungen bezüglich der Integration in die EU vgl. JACEK KUCHARCZYK: Polens Weg nach Europa in den Augen der polnischen Öffentlichkeit, in: *Transit* 11 (2000/2001), S. 73-82.

⁶³ Zur Integration in die EU vgl. PIOTR ALBIŃSKI: Deutschland, die Europäische Union und der Beitritt Polens, in: *Osteuropa* 50 (2000), S. 382-392; WILFRIED LOTH: Der Prozeß der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 1 (2000), S. 17-30; JAKOB JUCHLER: Polens Haltung zur Europäischen Union. Fortschritte trotz Spannungen und zunehmender Skepsis, in: *Osteuropa* 49 (1999), S. 486-492.

⁶⁴ Vgl. etwa: *Polish Foreign Policy Reconsidered. Challenges of Independence*, hrsg. von ILYA PRIZEL und ANDREW A. MICHTA, New York 1995, dort insbesondere ARTHUR RACHWALD: *Looking West*, S. 129-156.

(*powrót do Europy*)⁶⁵. Andrzej Szczypiorskis Worte „durch Deutschland nach Europa“ (*do Europy przez Niemcy*) wurde zum charakteristischen (politischen) Slogan für diese Haltung. Es erschien also zumindest der Gruppe von Akteuren, die in Polen Geschichtspolitik machten und nach Europa orientiert waren, notwendig, nach vorn zu blicken. Aus diesem Grund wurden die früheren antideutschen propagandistischen Schlagworte „antiquierte Ornamente einer ungeliebten Welt eines vergangenen Regimes“⁶⁶. Die Erinnerung an die problematische deutsch-polnische Vergangenheit wurde so zeitweise aus politischen Gründen aufgegeben und im öffentlichen Raum von der Erinnerung an die sowjetischen Verbrechen und die „besten Traditionen“ der Zweiten Republik verdrängt. Das Trauma löste sich jedoch dadurch nicht auf, sondern tauchte im politischen Diskurs unter geänderten politischen Kontexten und Notwendigkeiten wieder auf.⁶⁷ Dass es immer noch einige nicht aufgearbeitete weiße Flecken im kollektiven Gedächtnis bezüglich der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und der deutsch-polnischen Beziehungen gibt, zeigen die Debatten innerhalb der polnischen Gesellschaft wie auch zwischen Polen und Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts, beispielsweise in Bezug auf Vertreibungs- und Kompensationsfragen.

Summary

“linking up with the best traditions of the First and Second Republics”. Polish culture of memory in public space after 1989

In the early years of what is generally known as the Third Republic, which was brought to an end by the 1997 Constitution, the politics of history and memory reflected the new Polish society's search for a fresh conception of itself, a conception that would displace that of communist times. To this end a specific effort towards the creation and search for historical continuities was characteristic of this stage: new and renewed national themes, new and renewed rituals, symbols and political myths formed important elements in political psychology and political culture. These were not only used to create a new identity, but also to legitimise the revolution and the new political system.

As will be shown, the historical memory of the Second Republic, in particular of its founder and dictator Józef Piłsudski, as well as of the (negatively perceived) Soviet occupation and hegemony over Poland, became the focus of the politics of memory in public discourse. In this process, the problematic history of German-Polish relations was all but

⁶⁵ HEIDI HEIN: Europa und sein Osten. Das Europa-Bild in der deutschen Polenbericht-erstattung der 90er Jahre, in: Europa in den europäischen Literaturen der Gegenwart, hrsg. von WULF SEGEBRECHT, Frankfurt a.M. 2003, S. 539-555, hier S. 550 ff.

⁶⁶ „antykwarycznym ozdobnikiem niechlubnego świata minionego reżimu“ (ANNA WOLFF-POWĘSKA: Co Niemiec, to odmieniec [Jeder Deutsche ein Sonderling], in: Polityka vom 7.05.2005, S. 71); vgl. auch ADAM KRZEMIŃSKI: Kto w końcu wygrał tę wojnę? [Wer hat schließlich diesen Krieg gewonnen?], in: Polityka vom 13.05.1995; Krzemiński appelliert, nach vorn zu blicken und den „Kult der Niederlage und Gefangenschaft“ aufzugeben.

⁶⁷ BÖMELBURG (wie Anm. 48), S. 78, weist auf die innenpolitischen Mobilisierungschancen durch die Erinnerung an die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg hin.

excluded, in order to build up a new, positive national image, as well as from political necessity, in the efforts to join NATO and the EU.

The memory of the German crimes committed during the Second World War was now – in contrast to position in the communist era – just one element in historical consciousness and collective memory. Hence the culture of memory as a whole was characterised on the one hand by linking up with the historical traditions of the Second Republic, and on the other by attempts to remove the boundaries to the culture of memory set under communism. Thus the change in the culture of memory reflects political change, i.e. the change of system, as Poles were now able to set their own markers in the culture of memory.

Since the end of the 1990s, it has become ever clearer that what was really happening was a form of suppression of historical memory, especially with regard to German-Polish relations.